



CALL FOR PAPERS

INTERREGNUM.

ZWISCHEN DEMOKRATIE, DIGITALER UMWÄLZUNG
UND GLOBALEN HEGEMONIEKÄMPFEN.

12. FACHTAGUNG DER DEUTSCHEN NACHWUCHSGESELLSCHAFT
FÜR POLITIK- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

11.-13. DEZEMBER
UNIVERSITÄT BREMEN

Vom **11.-13. Dezember** wird an der **Universität Bremen** die 12. studentische Fachtagung der DNGPS in Kooperation mit dem Rosa-Lux-Club stattfinden. Die diesjährige Tagung organisieren wir außerdem in Zusammenarbeit mit dem Bremer Arbeitskreis Kritischer Jurist:innen, um die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Sozialwissenschaften und Jura zu fördern.

Willkommen sind Beiträge von Bachelor- und Masterstudierenden sowie Promovierenden (in der Anfangsphase) aus allen Politik- und Sozialwissenschaften. **Abstracts* mit maximal 300 Wörtern** auf Deutsch oder Englisch können zusätzlich zu einer kurzen Selbstbeschreibung bis zum **15. August** an fachtagung@dngps.de gesendet werden. Die vollständigen Papers sollen bis zum **01. Oktober** eingereicht werden. Die allgemeine Konferenzsprache ist Deutsch, Vorträge können auch auf Englisch gehalten werden.

Die Teilnahme ist sowohl für Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder der DNGPS kostenfrei. Für Panelist*innen, die Mitglied in der DNGPS sind, besteht die Möglichkeit einer Fahrtkostenübernahme durch die DNGPS.

*Beispielleitfaden für ein Abstract.

EINFÜHRUNG: ZUM BEGRIFF DES INTERREGNUMS

Welt im Umbruch oder Umbruch der Welt? Verschiebungen der globalen Hegemonie, Krieg als etabliertes Mittel zur Durchsetzung staatlicher Interessen mittels Militär und Handel, der Aufstieg eines internationalen Autoritarismus und soziale Entfremdung. Bisherige Ordnungssysteme haben längst den Zugriff auf effiziente Krisenlösungen verloren, und es bilden sich neue Wege der Macht und Kontrolle heraus. Auf unserer diesjährigen Jahrestagung wollen wir diese Umbruchszeit, angelehnt an Gramsci, als Interregnum verstehen: „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“

Die DNGPS-Fachtagung ist eine studentische Jahrestagung der Politik- und Sozialwissenschaften; sie bringt theoretische und empirische Arbeiten von Studierenden und Promovierenden in einen disziplinübergreifenden Austausch. Dieser Call ist thematisch gegliedert: **Lies die Einleitung und dann den Bereich, der dich interessiert. Du musst nicht alles lesen, um zu wissen, ob etwas für dich passt.** Beiträge aus angrenzenden Bereichen sind in jedem Abschnitt willkommen.

Die diesjährigen Themenblöcke sind: Internationale Beziehungen; Technologie und Demokratie; Parteien und Parlamente unter Anpassungsdruck; Kritik, Utopie und Universität; Politische Theorie der Demokratie; Faschismustheorie; Politik und Geschlecht; Die Krise mit den Männlichkeiten; Die Zukunft des Sozialstaats.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Die liberale Weltordnung war nie so stabil, wie sie wirkte. Dieser Abschnitt fragt nach ihren inneren Widersprüchen – politisch wie ökonomisch – und danach, welche neuen Macht- und Ordnungsmodelle entstehen.

Global lässt sich eine deutliche Verschiebung der Machtzentren sowie eine Erosion der westlich dominierten liberalen Weltordnung beobachten. An ihre Stelle tritt zunehmend eine multipolare Konkurrenz um Einfluss und Ressourcen. Gleichzeitig verschärft sich weltweit die Krise liberaler Demokratien, während autokratische Regime an Stärke gewinnen. Die zukünftige Ausgestaltung der internationalen Ordnung steht daher im Zentrum aktueller wissenschaftlicher Debatten in den Internationalen Beziehungen.

Die liberale Weltordnung wird dabei häufig implizit als stabilisierender Normalzustand vorausgesetzt und ist selten selbst Gegenstand kritischer Analyse. Forschungsfragen könnten sich daher auf innere Widersprüche dieses Ordnungssystems konzentrieren - etwa militärische Interventionen, ungleiche Handelsbeziehungen, globale Abhängigkeiten, die Folgen neoliberaler Strukturanpassungspolitiken oder die selektive Anwendung völkerrechtlicher Normen. Möglich ist auch eine Auseinandersetzung mit historischen Kontinuitäten, die aus kolonialen Strukturen hervorgegangene globale Machtasymmetrien beleuchten. Inwiefern sind daran anschließend die gegenwärtigen Krisen als Produkte der westlich dominierten liberalen Weltordnung und in ihr verfestigte Macht- und Herrschaftsstrukturen zu sehen? Wie verändern sich globale Machtstrukturen und internationale Institutionen? Welche neuen Ordnungsmodelle entstehen? Wie wirken sich geopolitische Konflikte, Kriege, technologische Transformationen, ökonomische Abhängigkeiten und gesellschaftliche Polarisierung auf die internationalen politischen Beziehungen aus?

Ökonomisch stellt sich dieselbe Frage anders. Die Rückkehr der Industriepolitik im globalen Norden, Sanktionen und Strafzölle als Standardinstrumente, BRICS+, SWIFT-Alternativen und die Internationalisierung des Yuan: Das wirtschaftliche Terrain ist zum zentralen Schauplatz geopolitischer Rivalität geworden. Ob der Neoliberalismus dabei an sein Ende gerät oder sich nur transformiert, bleibt dabei offen.

Für die europäischen Staaten bedeutet diese Konstellation eine strukturell unbequeme Lage: Einerseits sind sie von der amerikanischen Sicherheitsarchitektur abhängig, gleichzeitig verfolgt die amerikanische Handelspolitik das Ziel die Einheit der EU zu spalten. Besonders seltene Erden und Halbleiter gelten als strategisch wichtig. Doch wer entscheidet darüber, nach welchen Kriterien und wessen Interessen setzen sich durch, wenn „strategische Autonomie“ zur Handlungsmaxime europäischer Politik wird?

Hinter diesen Fragen steht die Verteilung von Wohlstand und Risiko – global wie innergesellschaftlich. Im Lieferketten- und Rohstoffdiskurs erscheint der globale Süden meist als (verfügbares?) Objekt: als Rohstofflieferant oder Ausweichstandort. Welche Handlungslogiken dabei unsichtbar bleiben, ist eine der dringlichsten Fragen.

Das wirft auch disziplinäre Fragen auf. Was leisten IPÖ-Ansätze und Geoökonomie-Konzepte, und wo liegen ihre blinden Flecken? Erwünscht sind sowohl theoretische als auch empirische Beiträge zu konkreten Transformationen und ihren Folgen für Staaten oder Regionen. Ebenso erwünscht sind kritische Reflexionen über die disziplinären Rahmungen selbst.

TECHNOLOGIE UND DEMOKRATIE

KI, Weltraum, Plattforminfrastruktur: Wer diese Technologien kontrolliert, kontrolliert zunehmend auch politische Öffentlichkeit und staatliches Handeln. Dieser Abschnitt fragt, was das für Demokratie bedeutet.

Technologien wie Satelliten oder KI werden immer zentraler für das staatliche Handeln. Starlink in der Ukraine, oder Palantir in den USA, zeigen die zunehmende Verstrickung von Privatwirtschaft und zentralem staatlichen Handeln. Das zeigt, wo die eigentliche Machtfrage liegt: nicht, ob KI und Weltraum politisch sind, sondern wessen Politik sich durch sie und mit ihnen materialisiert.

Demokratien stehen dabei vor einem strukturellen Problem. Algorithmische Systeme reproduzieren Diskriminierung, synthetische Medien verändern die politische Öffentlichkeit und autonome Waffensysteme entziehen sich der demokratischen Kontrolle. Gleichzeitig liegt die Infrastruktur dieser Technologien überwiegend in privaten (meist amerikanischen) Händen. Was bedeutet es daher für Demokratien, wenn die USA selbst zunehmend autoritäre Züge annehmen?

Der Weltraum bildet dabei keine Ausnahme. SpaceX, Blue Origin und das Starlink: private Akteure übernehmen Bereiche, die lange als Kernbereich staatlichen Handelns galten. Dadurch wird Wissen aus dem Staat heraus verlagert und die Form der Staatlichkeit transformiert. Ob dies den Beginn eines interplanetaren Kapitalismus markiert oder schlicht eine Folge des Großmacht-Konflikts zwischen China und den USA ist, bleibt noch offen. Europa steht vor der Frage, ob es zu diesen Modellen eine glaubwürdige Alternative bieten kann.

Europa antwortet auf die zunehmende Bedrohung mit den Begriffen strategische Autonomie und digitale Souveränität. Doch was bedeuten diese konkret, wenn die Rechenzentren in Virginia stehen, die Raketenträger in Texas gebaut werden und die Regulierungsdebatte in Brüssel immer einen Schritt hinterherhinkt? Transparenz, Rechenschaftspflicht und Grundrechte: Diese Fragen stellen sich neu, wenn staatliche Verwaltung, Sozialstaat und Militär KI-Systeme einsetzen, deren Logik die staatlichen Nutzerinnen nicht vollständig versteht. Gefragt sind Beiträge, die diese Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft, Technologie und Politik untersuchen, empirisch wie theoretisch. Ebenfalls erwünscht sind neue alternative Überlegungen über Potential und Möglichkeit dieser neuen Technologien für gesellschaftliche Transformation.

PARTEIEN UND PARLAMENT UNTER ANPASSUNGSDRUCK

Parteien verlieren Vertrauen, Mitglieder und Gestaltungskraft. Dieser Abschnitt fragt, was das für demokratische Repräsentation bedeutet und wie politische Vermittlung neu gedacht werden kann.

Parteien sind nach wie vor zentrale Akteure der politischen Willens- und Regierungsbildung. Dennoch stehen sie mit Mitglieder- und Vertrauensverlust eigenständig, aber auch in ihrer Regierungsfunktion, schwierigen Herausforderungen gegenüber.

Welche Ursachen lassen sich für diese Entwicklungen identifizieren und welche Auswirkungen haben sie auf das Verhalten von Parteien und Parteiensystemen, ihre Effizienz und Legitimität? Wie gehen Parteien mit diesen Herausforderungen um, programmatisch, organisatorisch und strategisch?

Wie passen sich Parteien erfolgreich an, um Menschen wieder zu mobilisieren? Wie können Parteien und parlamentarische Systeme angemessen auf die Geschwindigkeit der Moderne reagieren und Effektivität und Legitimität zurückgewinnen? Was muss sich am Verhältnis der Akteure zueinander ändern, um einen konstruktiven politischen Prozess zu erhalten?

KRITIK, UTOPIE UND UNIVERSITÄT

Das Interregnum ist nicht nur Krise, sondern auch ein Moment, in dem blockierte Möglichkeiten sichtbar werden. Dieser Abschnitt fragt nach konkreten Utopien, und danach, ob die Universität selbst ein Ort ihrer Erprobung sein kann.

Krise, Krise, Krise. Die vergangenen Jahre gesellschaftskritischer Auseinandersetzung waren zumeist damit beschäftigt, die multiplen Krisen der liberalen Weltordnung nach ihren Ursachen zu durchdringen. Doch im Begriff des Interregnums ist ebenfalls das Danach angelegt. Wenn gegenwärtig die Grenzen der Leistungsfähigkeit kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen sichtbar werden – etwa im Umgang mit ökologischen Krisen, sozialer Ungleichheit, technologischen Umbrüchen oder geopolitischen Konflikten –, dann ist die Frage nach dem Scheitern der Institutionen eng mit der Frage verbunden, welche bislang blockierten Möglichkeiten in der Krise sichtbar werden.

Hier setzt der Begriff der konkreten Utopie an. Konkrete Utopie bedeutet nicht die Projektion einer idealen Zukunft, sondern die Bestimmung realer Möglichkeiten, die bereits in den Widersprüchen und materiellen Möglichkeiten der Gegenwart angelegt sind. Sie fragt danach, welche gesellschaftlichen Potenziale unter bestehenden Verhältnissen hervorgebracht werden könnten, zugleich aber begrenzt oder verhindert werden. Das Interregnum wäre somit als ein geschichtlicher Moment zu verstehen, in dem alternative Formen von Demokratie, Wirtschaft und internationaler Kooperation denkbar und praktisch artikuliert werden.

Sofern ein Wirklichkeitssinn der Ausbildung eines Möglichkeitssinns vorgelagert ist, müssen wir auch bei der Denaturalisierung der Vorstellung ansetzen, die liberale Weltordnung sei ein natürlicher oder alternativloser Zustand. Welche ökonomischen, politischen und militärischen Machtverhältnisse tragen zu ihrer Durchsetzung und Naturalisierung bei? Welche alternativen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und internationaler Kooperation haben die spätkapitalistische Durchdringung bis in nahezu alle Sphären unseres Lebens überstanden?

Universitäten gelten dabei als Ort gesellschaftlicher Reflexion und Zukunftsentwürfe. Gleichzeitig sind sie selbst zunehmend in Wettbewerbs-, Leistungs- und Verwertungslogiken eingebunden. Gerade deshalb stellt sich die Frage, ob und wie Hochschulen Orte konkreter Utopie sein können. Reproduzieren sie vor allem bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, indem sie Wissen an Drittmittelabhängigkeit, Exzellenzlogiken, Outputorientierung und Verwertbarkeit binden? Oder eröffnen sie Räume, in denen andere Denk- und Handlungsweisen nicht nur vorgestellt, sondern praktisch erprobt werden können?

Die Frage nach kritischer Wissenschaft wäre vor diesem Hintergrund nicht bloß die Frage nach alternativen Inhalten, sondern nach den institutionellen Bedingungen ihrer Möglichkeit. Welche Formen wissenschaftlicher Praxis können unter ökonomisierten Bedingungen entstehen, die nicht einfach in diese Logiken eingehen? Wie lassen sich Reflexion, Kritik und gesellschaftliche Verantwortung so verbinden, dass Wissenschaft nicht nur bestehende Krisen beschreibt, sondern reale Möglichkeiten ihrer Überwindung sichtbar macht?

POLITISCHE THEORIE DER DEMOKRATIE

Autoritäre Bewegungen lernen voneinander, bauen Netzwerke auf und unterwandern Institutionen. Dieser Abschnitt fragt, wie sich diese Entwicklungen demokratietheoretisch fassen lassen und was sie für die Zukunft liberaler wie radikaldemokratischer Alternativen bedeuten.

In den letzten Jahren zeichnet sich weltweit eine zunehmende demokratische Regression ab. Autoritäre, rechtspopulistische und illiberale Tendenzen gewinnen an Einfluss, während demokratische Institutionen unter Druck geraten. Der drohende Erfolg der AFD bei den kommenden Landtagswahlen, sowie in nationalen Umfragen, ist im Kontext eines generellen Trends in Europa, welcher sich ebenfalls in Frankreich, Großbritannien, oder Italien widerspiegelt. Die massiven Angriffe auf das politische System der USA durch Donald Trump haben gezeigt, wie schnell demokratische Strukturen an ihre Grenzen gebracht werden können. Diese Entwicklungen sind eng mit gesellschaftlichen Polarisierungen und extremer sozialer sowie wirtschaftlicher Ungleichheit verbunden.

Die autoritäre Machtübernahme wird durch eine strategische Zusammenarbeit und das „autocratic learning“ rechter Akteure ermöglicht. Internationale Akteure wie CPAC, Burschenschaften, Jugendorganisationen, rechte Thinktanks und die Identitäre Bewegung (IB) in Deutschland und Österreich spielen als Vorfeldorganisationen der parlamentarischen Rechten eine Schlüsselrolle. Die Reichsbürgerbewegung und rechtsradikale Netzwerke sind zunehmend strategisch in Parteien, Sicherheitsapparaten und der Justiz verankert. Auch auf internationaler Ebene kooperieren rechte und autoritäre Kräfte: Eine „Autoritäre Internationale“ erstreckt sich unter dem Einfluss Russlands von rechtspopulistischen Parteien in Europa bis zu den Regierungen in Italien, Argentinien und den USA. Gleichzeitig gelten Ungarn und Polen als kleine Hoffnungsschimmer, obwohl längst keine progressiven Kräfte die Wahlen für sich entscheiden konnten. Wie lässt sich diese Gemengelage theoretisch fassen? Was bedeutet das Interregnum für die Demokratietheorie? Gilt es jetzt, die bestehenden liberalen Institutionen abzusichern, oder vielmehr neue (radikal) demokratische Institutionen zu forcieren? Zeichnet sich auf globaler Ebene ein neuer Faschismus ab? Welche Rolle übernehmen konservative Parteien und religiöser Fundamentalismus als Ermöglicher oder Vetospieler in liberalen Demokratien?

FASCHISMUSTHEORIE

Ist „Faschismus“ der richtige Begriff für das, was wir gerade beobachten? Dieser Abschnitt fragt, was daran neu ist, welche Rolle Technologie spielt und ob die bisherigen Begriffe noch tragen.

In den letzten Jahren hat sich eine rege Diskussion über Faschismus bzw. „Neofaschismus“ entwickelt. Nicht zuletzt Donald Trumps zweite Präsidentschaft und seine menschenrechtsfeindliche Politik bewegen immer mehr Menschen dazu, von einer Rückkehr oder einem Wiederaufkommen des Faschismus zu sprechen. Politiktheoretisch bleibt jedoch die Frage offen, ob wir tatsächlich die Entstehung eines neuen Faschismus beobachten. Ist „Faschismus“ der richtige Begriff für diese Entwicklung? Was ist „neu“ an diesem „neuen“ Faschismus? Welche Rolle spielt Technologie bei diesen Entwicklungen?

Gefragt sind Beiträge, die in diese Debatten intervenieren und versuchen, die Entwicklungen theoretisch zu fassen.

Von #MeToo zu Anti-Trans-Politik, von der Tradwife-Bewegung zur Reproduktionskrise. Dieser Abschnitt fragt nach den strukturellen Ursachen und danach, welchen Feminismus die Gegenwart braucht. Der Absatz wurde in Kooperation mit dem Feministischen Referat (FemRef) an der Uni Bremen verfasst.

Giselle Pelicot, oder Collien Ulmen-Fernandes, stehen für das gleiche Muster: sexualisierte Gewalt als Ausübung von Macht, online wie offline. Jeffrey Epstein hat gezeigt, wie eng Machtstrukturen und sexueller Missbrauch miteinander verknüpft sind. Knapp zehn Jahre nach #MeToo bleibt die Frage, was sich strukturell verändert hat, unbeantwortet.

Anti-Trans-Politik und Tradwife-Bewegung sind Teil eines breiteren Projekts, das Weiblichkeits- und Männlichkeitsbilder naturalisiert und die Geschlechterforschung aktiv delegitimiert. Mainstream-Pornografie ist überwiegend an männlicher Lust ausgerichtet und verwandelt den weiblichen Körper in ein konsumierbares Gut. Gleichzeitig verstehen manche Pornografie als eine selbstbestimmte Form sexueller Auslebung. In diesem Spannungsverhältnis ist es eine politische Frage über die Ökonomisierung von Körpern.

Warum verfängt das? Eine Antwort liegt im Scheitern des neoliberalen Feminismus. Der sogenannte Girlboss-Feminismus hat Emanzipation als individuellen Aufstieg gegen die gläserne Decke gerahmt. Was dabei herauskam: Eine Doppelbelastung aus Care- und Erwerbsarbeit ohne strukturelle Entlastung. Wer enttäuschte Versprechen erntet, sucht nach Gegenentwürfen. Die Tradwife-Bewegung ist einer davon. Dahinter steht eine tiefgreifende Reproduktionskrise. Prekarisierung und Sozialstaatsabbau machen Reproduktion zum knappen Gut. Erschöpfung ist demnach kein individuelles Versagen, sondern ein Symptom der Gegenwartsgesellschaft.

Wie Sorge- und Care-Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen gelingen kann, ist eine der politisch ungelösten Fragen. Hinzu kommt Femonationalismus, also die Instrumentalisierung feministischer Sprache zur Legitimierung rassistischer und islamfeindlicher Politiken. Intersektionale Perspektiven sind deshalb notwendig, ihre Grenzen müssen jedoch ebenfalls benannt werden.

Gefragt sind Beiträge, die epistemische Gewalt benennen und Orte solidarischen Wissens sichtbar machen. Feministische Lesekreise, kollektive Praxis, neue Formen der Gegenöffentlichkeit: Welchen Feminismus braucht es heute?

DIE KRISE MIT DEN MÄNNLICHKEITEN

Männlichkeitskrisen und rechte Mobilisierung hängen zusammen – aber auch Frauen spielen in diesen Bewegungen zunehmend zentrale Rollen. Dieser Abschnitt fragt, wie Geschlecht als politische Kategorie in der Gegenwartskrise wirkt.

»Harte Zeiten erfordern harte Männer«, so eine gängige Formulierung. Seit Jahren stehen nicht nur Diskurse von Männlichkeiten im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Krisen im Fokus der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung. Vielmehr richtet sich der Blick verstärkt auf Frauen, im Besonderen in rechten Bewegungen wie beispielsweise der Gruppe Lukreta, wo sie zunehmend wichtige Funktionen einnehmen.

Dabei spielen konservative Geschlechterbilder ebenso eine zentrale Rolle wie die Reduktion des weiblichen Körpers auf die Funktion des Gebärens. Incels, Manosphere und Looks-Maxxer sind zentrale Mobilisierungsressource rechter und anti-feministischer Bewegungen. Negative Auswüchse dieser Phänomene kumulieren immer wieder in Form von Amokläufen und Femiziden digitalen Frauen-Hass in reale Gewalt zu verwandeln. Die skizzierten Phänomene verweisen nicht ohne Grund auf die Wirkmächtigkeit der Kategorie Geschlecht für politik- und sozialwissenschaftliche Krisendiagnosen.

DIE ZUKUNFT DES SOZIALSTAATS

Sparpolitik wird als alternativlos dargestellt. Dieser Abschnitt fragt, wessen Lebensrealität dabei als verzichtbar gilt und was das über die politische Ökonomie des Sozialstaats aussagt.

Das exportorientierte Wirtschaftsmodell Deutschlands steckt in einer tiefen Krise. Die Antwort der Bundesregierung ist zunehmend: Sparen. BAföG-Anpassungen werden abgesagt, das Renteneintrittsalter soll erhöht werden, die Arbeitsstunden sollen ausgeweitet und die Gesundheitsausgaben gekürzt werden. Was als haushaltspolitische Notwendigkeit dargestellt wird, ist eine politische Entscheidung darüber, wessen Lebensrealität als verzichtbar gilt und wer gemeint ist in einem "alle müssen ihren Beitrag leisten".

Die Folgen dieser Sparpolitik sind ungleich verteilt. Kinderarmut steigt und marginalisierte Gruppen fallen durch die Netze, die eigentlich für sie gedacht waren. In der politischen Debatte werden Grundsicherungsempfänger und Asylsuchende zunehmend als Belastung dargestellt, deren Ansprüche mit dem Gemeinwohl konkurrieren. Das ist eine Diskursstrategie, die Solidarität als Nullsummenspiel darstellt. Dahinter steckt ein strukturelles Problem. Eine Gesellschaft, die demografisch auf Rentnerinnen und Rentner zugeschnitten ist, verliert den politischen Instinkt für jüngere Generationen. Wer weniger wählt, entscheidet weniger. Wer weniger entscheidet, bekommt weniger. Der Sozialstaat schrumpft zuerst dort, wo der Widerstand am geringsten ist.

Das Primat der Aktivierung und Flexibilisierung am Arbeitsmarkt verstärkt diesen Effekt. Es individualisiert, was strukturell ist, und untergräbt den solidarischen Gemeinsinn als Überbleibsel einer anderen Epoche. Im Jahr 2026 verhandelt die Merz-Regierung Sozialpolitik als Standortfrage. Ist das eine Renaissance der neoliberalen 90er, oder gar ihre logische Fortführung? Wer zahlt die Kosten der Krise und warum wird dies als alternativlos dargestellt? Resultiert diese Politik wirklich in einer Bewältigung der Krise(n)?

Gefragt sind vielfältige Beiträge, die diese Entwicklungen (oder Teile davon) empirisch untersuchen und theoretisch einordnen.

Abstracts und Fragen können bis zum 15. August an fachtagung@dngps.de gesendet werden. Die vollständigen Papers sollen bis zum 01. Oktober eingereicht werden.